Amtsausschuss Büchen

Der Vorsitzende Sitzung des Verwaltungsausschusses des Amtes Büchen

Niederschrift

über die Sitzung des Verwaltungsausschusses des Amtes Büchen am Montag, den 07.06.2010; Sitzungssaal des Bürgerhauses, Amtsplatz 1 in 21514 Büchen

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:28 Uhr

Anwesend waren:

stellv. Vorsitzender/Bürgermeister

Borchers, Jürgen

Bürgermeister

Born, Horst

nicht stimmberechtigt

Burmester, Walter

nicht stimmberechtigt

Burmester, Wilhelm

ab TOP 3 gegen 19.05 Uhr

Gabriel, Dennis

Knoch, Wilhelm

nicht stimmberechtigt

Laubach, Dr. Eberhard

Lübke, Otto

nicht stimmberechtigt

Mahnke, Helmut

nicht stimmberechtigt

Riewesell, Uwe

nicht stimmberechtigt

Amtsvorsteher

Voß, Martin

nicht stimmberechtigt

Bürgermeister

Weber, Karl-Heinz

nicht stimmberechtigt

stellv. Bürgermeister

Finnern, Karl-Heinz

nicht stimmberechtigt

Gemeindevertreter

Gesche, Michael

ab TOP 3 gegen 19.05 Uhr

Rademacher, Wolfgang

Räth, Markus

Verwaltung

Kraus, Michael

Möller, Uwe

Schriftführer

Benthien, Uwe

Abwesend waren:

Vorsitzender/Bürgermeister

Hanisch, Heinrich

entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1) Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2) Niederschrift der Sitzung vom 15.02.2010
- 3) Bericht der Verwaltung
- 4) Einwohnerfragestunde
- 5) Besetzung des Amtes der Schiedsperson und der stellv. Schiedsperson im Schiedsamtsbezirk Büchen
- 6) Einführung der Doppik im Amt Büchen
- 6.1) Beschlussfassung zur Einführung der Doppik im Amt Büchen
- 6.2) Zustimmung zur Inventurrichtlinie für das Amt Büchen
- 7) 1. Nachtragshaushaltssatzung und -plan des Amtes Büchen für das Haushaltsjahr 2010
- 8) Kündigung der Verträge zwischen dem Amt Büchen und den Kirchengemeinden Büchen-Pötrau und Siebeneichen über die Finanzierung der Betriebskosten der Kindertagesstätten in Büchen, Liperiring und Güster
- 9) Verlängerung der Kernzeit und Änderung des Spätdienstes in der Kindertagesstätte Güster
- 10) Breitbandversorgung im Amt Büchen
- 11) Verschiedenes

Tagesordnungspunkte

Öffentlicher Teil

- 1) Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Borchers eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Ferner stellt er fest, dass die Einladungen form- und fristgerecht ergangen sind. Als Vertreter für Herrn Harnisch ist Herr Wilhelm Burmester anwesend.

- 2) Niederschrift der Sitzung vom 15.02.2010

Gegen die Niederschrift vom 15.02.2010 erheben sich keine Einwände.

- 3) Bericht der Verwaltung

Herr Möller berichtet über folgende Punkte:

- Es fand ein Gespräch mit Vertretern der Kirche und der Kindertagesstättenleitung statt. Dabei wurde deutlich, dass im Amtsgebiet eine weitere Elementargruppe benötigt wird und auch die Krippenplätze nicht auskömmlich sind. Dieses Thema wird uns verstärkt in den nächsten Sitzungen begleiten.
- Es gibt eine Verzögerung bei den Bewilligungen des Landes zu der Sanierung „witterungsbedingter Straßenschäden“. Die Maßnahmen des Amtes müssen um die Hälfte reduziert werden.
- Vorschläge der Haushaltsstrukturkommission des Landes liegen vor. Neben einzelnen Einsparvorschlägen kündigt das Land an, sich konsequent von Aufgaben zu trennen oder sie an Kommunen oder Dritte zu übertragen.
- Die Kosten des Fährbetriebes müssen möglichst reduziert werden. Es ist ein Gespräch mit dem Stiftungsrat über das weitere Vorgehen erforderlich.
- Im Amtsausschuss findet die Nachwahl eines Mitgliedes für den Ausschuss zur Prüfung der Jahresrechnung statt.

- 4) Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

- 5) Besetzung des Amtes der Schiedsperson und der stellv. Schiedsperson im Schiedsamsbezirk Büchen

Beratung:

Der Schiedsman Herr Wolfgang Harten und der stellv. Schiedsman Herr Bernhard Damaske werden ihr Amt zum 30.09.2010 niederlegen.

Beschluss:

Der Verwaltungsausschuss nimmt die Amtsniederlegung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die beiden freiwerdenden Schiedsmanstellen neu auszuschreiben.

Abstimmung: Ja: 7 Nein: 0 Enthaltung: 0

Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine/folgende Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

6) Einführung der Doppik im Amt Büchen

6.1) Beschlussfassung zur Einführung der Doppik im Amt Büchen

Beratung:

Umstellung der Haushaltsführung von der kameralistischen auf die doppelte Buchführung (Doppik)

Im Juni 2004 wurde beim Land eine Arbeitsgruppe „Reform des Gemeindehaushaltsrechts“ eingerichtet. Am 13.12.2006 wurde das Doppik-Einführungsgesetz im Rahmen des dritten Verwaltungsstrukturreformgesetzes im Landtag verabschiedet und erlangte damit Rechtskraft. Im Wesentlichen stehen dabei die notwendigen Änderungen der Gemeindeordnung im Vordergrund. Eine doppische Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO-Doppik) wurde zum 01.01.2008 in Kraft gesetzt. Mit diesem Schritt gab das Land Schleswig-Holstein den Kommunen, die auf die Doppik umstellen, einen verlässlichen Rechtsrahmen vor.

Unterschiede und Gemeinsamkeiten Doppik und erweiterte Kameralistik

Das **Optionsrecht** erlaubt die Wahl zwischen einer **Erweiterung** des bisherigen kameralistischen Systems oder durch die Implementierung der **Doppik**.

In beiden Rechnungswesen soll eine **Kosten- und Leistungsrechnung** geführt werden, deren Umfang nach den örtlichen Bedürfnissen bestimmt wird.

In beiden Rechnungswesen ist eine **vollständige Vermögenserfassung** erforderlich, einschließlich **flächendeckender Abschreibungen**. Die Vermögensbewertung erfolgt nach den gleichen Kriterien.

In beiden Rechnungswesen sind **Rückstellungen** zu bilden.

In beiden Rechnungswesen ist sowohl das Anlage- als auch das Umlaufvermögen darzustellen.

In beiden Rechnungswesen Outputorientierung der Verwaltungsleistungen, verstärkter Einsatz der Kosten- und Leistungsrechnung, Berichtswesen, Controlling, Budgetierung, dezentrale Ressourcenverantwortung.

In beiden Rechnungswesen gibt es keine unterschiedlichen materiellen Anforderungen an den Haushaltsausgleich.

Es verbleiben die folgenden Unterschiede:

Erweiterte Kameralistik

Die erweiterte Kameralistik beruht nach wie vor auf dem Kassenwirksamkeitsprinzip (Ausnahmen Abschreibungen und Rückstellungen).

Durch die erweiterten Anforderungen, die mit der Haushaltsrechnung systematisch **nicht** verbunden sind, müssen **Nebenrechnungen** geführt werden. Neben einem erhöhten Aufwand bedeutet dieses eine höhere Fehleranfälligkeit.

Außerdem würde ein Gesamtüberblick über die finanzielle Lage erschwert und wegen der weiter bestehenden Dominanz des „Gelddenkens“ in der Haushaltsplanung werden nur geringere Anreize für ein kostenbewusstes Handeln geschaffen.

Doppik

Es unterstützt die oben genannten inhaltlichen Reformziele durch ein geschlossenes, ressourcenverbrauchsorientiertes Rechnungslegungskonzept. Statt Ein- und Auszahlungen stehen die Rechengrößen Aufwendungen und Erträge im Mittelpunkt, wobei erstere aber dennoch in der Finanzrechnung zur Überwachung der Finanzlage weiter berücksichtigt werden. Durch die explizite Einführung von Positionen wie Forderungen/Verbindlichkeiten, Rückstellungen, Rechnungsabgrenzungsposten und Abschreibungen werden Aufwendungen (Ressourcenverbrauch) und Erträge (Ressourcenzuwachs) demjenigen Haushaltsjahr zugeordnet, in dem sie tatsächlich entstanden sind.

Das doppische Haushalts- und Rechnungswesen gliedert sich in mehrere, aufeinander abgestimmte Teile: In der **Vermögensrechnung** (entspricht der kaufmännischen Bilanz) wird das gesamte Vermögen angegeben, in der **Ergebnisrechnung** (entspricht der kaufmännischen Gewinn- und Verlustrechnung) der Ressourcenverbrauch ermittelt, in der **Finanzrechnung** die Zahlungsfähigkeit überwacht und in einem konsolidierten Abschluss sämtliche wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Bereiche der Kommune zu einem einheitlichen Gesamtabschluss zusammengefasst.

Die Vorteile eines doppischen Haushalts- und Rechnungswesens:

- Die Transparenz wird erhöht. Die Bürger und ihre gewählten Vertreter in der Kommunalvertretung kennen die Darstellung oft aus der Privatwirtschaft und können sich in kürzerer Zeit ein zuverlässigeres Bild über die wirtschaftliche Lage ihrer Kommune machen.
- Es kommt zu einer Vereinheitlichung des Rechnungswesens sämtlicher – d.h. der wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Aktivitäten – der Kommunen, was einen Gesamtüberblick über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erlaubt.
- Der Einsatz betriebswirtschaftlicher Kontroll- und Steuerungssoftware wird erleichtert
- Viele Erkenntnisse ergeben sich aus der Systematik des Rechnungswesens, daher sind wenig Nebenrechnungen erforderlich

Fazit/ / Verfahren / Zeitplan

Die Doppik erfüllt die Anforderungen an ein modernes Rechnungswesen durch ihre Systematik und minimiert die Gefahren erhöhten Aufwandes durch Nebenrechnungen, die durch die erweiterte Kameralistik notwendig werden.

Zwei Rechnungswesen für Kommunen bedeuten über längere Zeit eine Beschäftigung mit sich selbst (Diskussionen, Zahlenabgleiche) statt mit den Aufgaben und Zielen.

Nur die vollständige Ersetzung des geldverbrauchsorientierten Haushalts- und Rechnungswesens durch ein ressourcenverbrauchsorientiertes ist erfolversprechend im Sinne einer nachhaltigen Verbesserung von Wirtschaftlichkeit und Transparenz. Halbherzige Reformen, die das kameralistische Haushalts- und Rechnungswesen in der einen oder anderen Form fortführen, können sich als teurer Umweg erweisen.

Für die Reform und zeit- und personalaufwendige Vorbereitungsarbeiten erforderlich. neben Schulungen der Mitarbeiter ist dies vor Allem die systematische Erfassung und Bewertung des Vermögens und der Verbindlichkeiten. Es ist hierfür **ein erheblicher zeitlicher Vorlauf** erforderlich.

Aus den genannten Argumenten ergibt sich der Beschlussvorschlag für die Einführung der Doppik im Amt Büchen.

Beschluss:

Der Verwaltungsausschuss des Amtsausschusses Büchen beschließt die Empfehlung, seine Haushaltsführung entsprechend dem für Schleswig-Holstein vorgesehenen Wahlrecht auf die doppelte Buchführung zum 01.01.2014 umzustellen.

Abstimmung: Ja: 7 Nein: 0 Enthaltung: 0

Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine/folgende Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

6.2) Zustimmung zur Inventurrichtlinie für das Amt Büchen

Beratung:

Im Rahmen der Einführung der doppelten Buchführung (Doppik) im Amt Büchen ist es notwendig vorbereitend eine Vermögenserfassung und Vermögensbewertung durchzuführen. Um diese umfassend und abschließend durchführen zu können, ist eine Bestandsaufnahme, die Inventur notwendig. Hierzu ist auf Landesebene eine Musterinventurrichtlinie erarbeitet worden, die in der vorgelegten Form und Fassung auch in großen Teilen des Landes Anwendung findet. Die Inventurrichtlinie soll in erster Linie der einheitlichen Erfassung und Bewertung der Vermögensgüter dienen.

Beschluss:

Der Verwaltungsausschuss des Amtsausschusses Büchen empfiehlt den Beschluss, der in der Anlage beigefügten Inventurrichtlinie für das Amt Büchen zuzustimmen.

Abstimmung: Ja: 7 Nein: 0 Enthaltung: 0

Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine/folgende Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

7) 1. Nachtragshaushaltssatzung und -plan des Amtes Büchen für das Haushaltsjahr 2010

Beratung:

Mit dem Erlass der 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010 werden insbesondere notwendige zusätzliche Ausgaben im Bereich der Personalausgaben im Rahmen des Verwaltungskostenbeitrages gedeckt. Durch den Abschluss eines Vergleiches im Rahmen einer Kündigungsklage sind Ausgleichszahlungen zu leisten, deren haushaltsrechtliche Sicherstellung zu gewährleisten waren. Weiterhin sind im Bereich des Ordnungsamtes zusätzliche Mittel in Höhe von rd. 10.000 € für den Tierschutz bereit zu stellen.

Herr Gabriel wünscht sich, dass es zukünftig bessere Absprachen hinsichtlich etwaiger Personalentscheidungen geben sollte, die auch die Gemeindehaushalte belasten. Die jetzige Regelung empfindet er als unzufriedenstellend. Es müssen Lösungen gefunden werden, die die Gemeinde besser in die vom Hauptausschuss der

Gemeinde Büchen zu treffenden Entscheidungen einbezieht. Herr Gabriel schlägt daher vor, den bestehenden Amtsvertrag zu überprüfen, um so eine bessere Beteiligung der Gemeinde zu ermöglichen.

Beschluss:

Der Verwaltungsausschuss des Amtsausschusses Büchen empfiehlt dem Ausschuss den Beschluss der 1. Nachtragshaushaltssatzung und –plan mit den erforderlichen Anlagen in der vorgelegten Fassung.

Abstimmung: Ja: 7 Nein: 0 Enthaltung: 0

Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine/folgende Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

- 8) Kündigung der Verträge zwischen dem Amt Büchen und den Kirchengemeinden Büchen-Pötrau und Siebeneichen über die Finanzierung der Betriebskosten der Kindertagesstätten in Büchen, Liperiring und Güster

Beratung:

Die Verträge zwischen dem Amt Büchen und den Kirchengemeinden Büchen-Pötrau und Siebeneichen gelten noch bis zum 31.07.2010. Diese verlängern sich stillschweigend um jeweils ein Jahr, sofern sie nicht zwölf Monate vor Ablauf eines Kalenderjahres von einer Vertragspartei schriftlich gekündigt worden sind. Diese Verträge sollen zum 31.07.2011 gekündigt werden.

Unter Berücksichtigung der Querschnittsprüfung des Landesrechnungshofes SH sollten die bestehenden Finanzierungsvereinbarungen in Bezug auf den Betrieb der Kindertagesstätten überarbeitet werden. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum Vertragsneubeginn am 01.08.2011 einen entsprechenden Vertragsentwurf auszuarbeiten und dem Amtsausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

Beschluss:

Der Verwaltungsausschuss Büchen empfiehlt dem Amtsausschuss, die Verträge zwischen dem Amt Büchen und den Kirchengemeinden Büchen - Pötrau und Siebeneichen über die Finanzierung der Betriebskosten der Kindertagesstätten in Büchen, Liperiring und Güster zum 31.07.2011 zu kündigen und die Verwaltung zu beauftragen einen entsprechenden Vertragsentwurf zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmung: Ja: 7 Nein: 0 Enthaltung: 0

Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine/folgende Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

- 9) Verlängerung der Kernzeit und Änderung des Spätdienstes in der Kindertagesstätte Güster

Beratung:

Mit Schreiben vom 11.05.10 teilte Frau Beutel im Auftrage für Herrn Pastor Noll von

der Ev.-Luth. Kirchengemeinde Siebeneichen mit, dass die Elternschaft der Kita Pustebblume in Güster den Wunsch geäußert hat, die Öffnungszeit bis 13.30 Uhr zu verlängern. Zur Zeit hat die Kita von 7.30 Uhr bis 13.00 Uhr geöffnet. (Frühdienst von 7.30-8.00 Uhr, Kernzeit von 8.00-12.00 Uhr und Spätdienst von 12.00-13.00 Uhr) Die jetzige Kernzeit soll bis 13.00 Uhr verlängert und eine halbe Randstunde für den Spätdienst bis 13.30 Uhr hinten angehängt werden. Der Frühdienst wird momentan von 5 Kindern und der Spätdienst von 22 Kindern genutzt. Die Betreuung wird von einer Angestellten übernommen. Da immer mehr Eltern diesen Spätdienst nutzen wollen und dieser von einer Angestellten allein nicht mehr zu bewältigen ist, soll die Kernzeit um eine Stunde verlängert werden, sodass zwei Kräfte vorhanden sind, um eine bedarfsgerechte Betreuung zu gewährleisten.

Beschluss:

Der Verwaltungsausschuss Büchen empfiehlt dem Amtsausschuss, einer Verlängerung der Kernzeit bis 13.00 Uhr und der Änderung des Spätdienstes bis 13.30 Uhr in der Kindertagesstätte Güster zuzustimmen.

Abstimmung: Ja: 7 Nein: 0 Enthaltung: 0

Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine/folgende Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

10) Breitbandversorgung im Amt Büchen

Bürgermeister Möller berichtet in Absprache mit Herrn Voß, dass der gebildete Arbeitskreis zum Thema Breitbandversorgung im Amt Büchen diverse Arbeitstreffen durch geführt hat. Mitglieder des Ausschusses waren aus dem Amtsausschuss Herr Knoch, Herr Riewesell, Herr Voß und Herr Dr. Laubach, von der Verwaltung Herr Möller, Herr Frank und Herr Kraus. Am 02.06.2010 fand nunmehr die letzte Besprechung statt, in der sowohl die VSG Netz, als auch die E.ON Hanse AG letztmalig die Möglichkeit der Angebotsvorstellung und Abgabe hatten. Herr Möller stellt vorab klar, dass es sich bei dem Telekommunikationsmarkt um einen offenen, frei von allen Beschränkungen, markt handelt. Die Gemeinden haben keine Möglichkeit der Regelungen. Auch sind keine Beschlüsse zur Vergabe möglich bzw. notwendig. Jede Gemeinde kann sich jedoch entscheiden, welchen Bewerber sie unterstützen möchte.

Die nunmehr vorliegenden Angebote sind zur Verdeutlichung als Synopse von der Verwaltung dargestellt worden. Auf Nachfrage erklärten die Teilnehmer der Arbeitsgruppe das Angebot der E.ON Hanse zusammen mit Wilhelm.Tell für das günstigste Angebot. Diese Synopse wird im weiteren Verlauf durch Herrn Möller erläutert. Hierbei lässt sich feststellen, dass das nunmehr vorliegende Angebot der E.ON Hanse, dass günstigere von beiden ist. Ergänzend zu der vorliegenden Synopse erklärt herr Möller den weitergehenden Vorschlag der E.ON Hanse , das Amt Büchen als Pilotprojekt für die neuen Techniken der Energieversorgung (Smart Grid, Smart Metering und Smart Home) zu betreiben. Wünschenswert wäre ein einheitliches Votum aus den Reihen des Amtes heraus. Die Gemeinde Büchen wird hierüber im Rahmen der Hauptausschusssitzung am 14.06.2010 beraten und eine Empfehlung abgeben, die wohl zugunsten der E.ON Hanse ausfallen wird. Die Gemeinde Büchen hat aufgrund ihrer vielen Gewerbebetriebe ein großes Interesse an einer zügigen und schnellen

Abwicklung.

Herr Voß, stellt klar, dass eigentlich eine Amtslösung im Fordergrund stehen sollte. Eine solche hält er jedoch aufgrund der Eile die jetzt scheinbar geboten ist, nicht mehr für umsetzbar, zumal für die Gemeinde Büchen eine Entscheidung schon feststeht.

Herr Gabriel merkt hierzu an, dass vom Ablauf her, nach der Empfehlung durch den Arbeitskreis zunächst eine Information in den Gemeinden mit den Gemeindevertretungen stattfinden sollte. Daran hält er für seine Gemeinde auch fest.

Herr Weber kann sich nicht des Eindrucks erwehren, dass die Sache gezielt zur E.ON Hanse gesteuert wurde. Herr Möller weist diesen Vorwurf eindeutig zurück und fragt Herrn Weber, ob nicht der für den Bürger erzielte, günstige Preis in Vordergrund stehen sollte, sondern persönliche Vorlieben oder Abneigungen.

Es folgt eine lang anhaltende, rege Diskussion zu diesem Thema, in der von allen Anwesenden die Standpunkte und Belange der Gemeinden angesprochen werden.

Im Anschluss erfolgt eine Abfrage ob und inwieweit noch eine Information in den Gemeinden notwendig ist. Es ergibt sich folgendes Ergebnis:

Gemeinde Langenlehsten	> kein Bedarf zur Information mehr; der Bürgermeister informiert die Gemeindevertretung
Gemeinde Besenthal	> kein Bedarf zur Information mehr; der Bürgermeister informiert die Gemeindevertretung
Gemeinde Witzeeze	> der Bürgermeister wird die Gemeindevertretung im Rahmen der GV-Sitzung am 08.07. informieren; Beratung wünschenswert
Gemeinde Gudow	> der Bürgermeister wird die Gemeindevertretung im Rahmen der GV-Sitzung informieren
Gemeinde Roseburg	> es ist eine Beratung in der GV erwünscht, Termin der GV ist für den 24.06. angedacht
Gemeinde Müssen	> kein Beratungsbedarf
Gemeinde Fitzen	> kein Beratungsbedarf
Gemeinde Götting	> kein Beratungsbedarf
Gemeinde Bröthen	> Sitzung der GV am 07.07. Beratung erwünscht

Gemeinde Güster > kein Bedarf zur Information mehr; der Bürgermeister informiert die Gemeindevertretung

Gemeinde Siebeneichen > Information erfolgt durch Bürgermeister in der GV

Gemeinde Schulendorf > Information in der GV, Beratung erwünscht.

Bei der nächsten Sitzung im Rahmen der Bürgermeisterdienstversammlung am 21.06.2010 soll dann endgültig das Meinungsbild abgefragt werden.

Hinsichtlich der Behandlung der Wegenutzungsverträge ergibt eine Abfrage in der Runde der Anwesenden, dass diese Thematik in einer späteren Sitzung der Bürgermeisterdienstversammlung aufgegriffen werden soll.

11) Verschiedenes

Zu diesem Punkt ergeben sich keine Anfragen.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Borchers beendet um 21.28 Uhr die Sitzung.

.....
Jürgen Borchers
Vorsitzender

.....
Uwe Benthien
Schriftführung